

Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,  
Integration und Gleichstellung | Postfach 70 61 | 24170 Kiel

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Christian Dirschauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

**Staatssekretär**

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/6789

nachrichtlich:  
Frau Präsidentin  
des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein  
Frau Dr. Silke Torp  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

09. Juli 2026

**Umdruck 20/2704 Ziffer 27 Bundesteilhabegesetz – Verbraucherinsolvenzberatung -  
wichtige Aufgabe mit Optimierungsbedarf**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit dem Umdruck 20/2704 Ziffer 27 bittet der Finanzausschuss das MSJFSIG über  
Folgendes zu berichten:

Das MSJFSIG ist aufgefordert, Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden  
aufzunehmen, um über eine Zusammenführung der Finanzierung der sozialen  
Schuldnerberatung und Verbraucherinsolvenzberatung zu verhandeln. Ziel ist es,  
Doppelstrukturen und Parallelarbeiten zu vermeiden. Über den Fortgang der  
Verhandlungen ist zu berichten.

In Umsetzung des Auftrags wurden Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden aufgenommen.

Für eine Zusammenführung der Finanzierung wurde seitens der kommunalen Landesverbände die Voraussetzung adressiert, dass die vom Land bereitgestellten Mittel über das bisherige Volumen hinaus erhöht werden, dass eine jährliche Dynamisierung vorgesehen wird und dass der bei den Kreisen und kreisfreien Städten entstehende zusätzliche Verwaltungsaufwand durch eine Verwaltungskostenpauschale angemessen berücksichtigt wird.

Da die Haushaltsmittel zwar erhöht wurden, die Voraussetzungen in Gänze seitens des Landes in der aktuellen Haushaltssituation jedoch nicht umgesetzt werden können, ist keine Einigung über eine mögliche Zusammenführung der Finanzierung denkbar.

Die kommunalen Landesverbände sehen vor diesem Hintergrund von einer weiteren Verfolgung des Vorhabens ab. Dies haben sie dem Ministerium am 7. Juli schriftlich mitgeteilt (s. **Anlage**).

Somit sind keine weiteren Gespräche zu dem Thema vorgesehen.

Der Finanzausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

gez. Johannes Albig

Allgemeine Datenschutzinformationen: Der telefonische, schriftliche oder elektronische Kontakt mit dem Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union. Weitere Informationen erhalten Sie hier: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesportal/servicemeta/datenschutz/Datenschutzerklaerung/datenschutzerklaerung.html>

# ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE



(federführend 2026)



Städtebund Schleswig-Holstein | Reventlouallee 6 | 24105 Kiel

Ministerium für Soziales, Jugend, Familie,  
Senioren, Integration und Gleichstellung  
des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Staatssekretär Johannes Albig  
Adolf-Westphal-Straße 4  
24143 Kiel

Telefon: 0431 570050-30  
Telefax: 0431 570050-35  
E-Mail: [info@staedteverband-sh.de](mailto:info@staedteverband-sh.de)

Per Mail: [johannes.albig@sozmi.landsh.de](mailto:johannes.albig@sozmi.landsh.de)  
[Alexandra.teske@sozmi.landsh.de](mailto:Alexandra.teske@sozmi.landsh.de)

---

Unser Zeichen: 50.15.20 ps-ka  
(bei Antwort bitte angeben)

7. Juli 2026

## Zusammenführung der Finanzierung von Verbraucherinsolvenz- und Schuldnerberatung

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Albig,

für Ihr Schreiben vom 13. April 2026 danken wir Ihnen. Darin bitten Sie um eine Rückmeldung, ob eine Wiederaufnahme der Gespräche zur Zusammenführung der Finanzierung von allgemeiner Schuldnerberatung und Verbraucherinsolvenzberatung aus kommunaler Sicht angestrebt werden kann oder der Prozess zunächst pausieren soll.

Wie bereits im Quartalsgespräch am 12.05.2026 mündlich erläutert, werden wir das Thema vor dem von Ihnen dargestellten Hintergrund derzeit nicht weiterverfolgen. Maßgeblich hierfür ist, dass die aus kommunaler Sicht bereits frühzeitig benannten grundlegenden Voraussetzungen für eine tragfähige Übertragung bislang nicht erfüllt sind.

In den bisherigen Gesprächen bestand zwar Einigkeit über die grundsätzlichen Ziele einer möglichen Zusammenführung. Dazu zählen insbesondere die Vereinfachung des Verfahrens, die Vermeidung zusätzlichen Verwaltungsaufwands, die Berücksichtigung der kommunalen Selbstverwaltung, der Erhalt der Koordinierungsstelle sowie eine für freie Träger transparente und verträgliche Ausgestaltung.

Ebenso ist von kommunaler Seite deutlich gemacht worden, dass eine Übertragung nur auf der Grundlage einer auskömmlichen und verlässlichen Finanzierung in Betracht kommen kann. Hierzu gehört insbesondere, dass die vom Land bereitgestellten Mittel über das bisherige Volumen hinaus erhöht werden, dass eine jährliche Dynamisierung vorgesehen wird und dass der bei den Kreisen und kreisfreien Städten entstehende zusätzliche Verwaltungsaufwand durch eine Verwaltungskostenpauschale angemessen berücksichtigt wird.

---

**Städteverband Schleswig-Holstein**  
Tel.: 0431 570050-30  
Fax: 0431 570050-35  
E-Mail: [info@staedteverband-sh.de](mailto:info@staedteverband-sh.de)  
<http://www.staedteverband-sh.de>

**Schleswig-Holsteinischer Landkreistag**  
Tel.: 0431 570050-10  
Fax: 0431 570050-20  
E-Mail: [info@sh-landkreistag.de](mailto:info@sh-landkreistag.de)  
<http://www.sh-landkreistag.de>

**Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag**  
Tel.: 0431 570050-50  
Fax: 0431 570050-54  
E-Mail: [info@shgt.de](mailto:info@shgt.de)  
<http://www.shgt.de>

Hinzu kommt, dass aus kommunaler Sicht auch die künftige Mittelverteilung und die Auswirkungen auf die bestehenden Beratungsstrukturen nur auf der Basis gesicherter finanzieller Rahmenbedingungen sinnvoll weiter erörtert werden können. In den Gesprächen ist insoweit ebenfalls hervorgehoben worden, dass bestehende Strukturen nicht zerschlagen werden dürfen und ein etwaiger Verteilungsschlüssel fachlich tragfähig sein muss.

Vor diesem Hintergrund bedauern wir ausdrücklich, dass es dem Land angesichts der aktuellen Haushaltslage nicht gelungen ist, die hierfür erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel einzuwerben. Solange diese grundlegenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind, sehen wir keine belastbare Grundlage für eine weitergehende Konkretisierung oder Wiederaufnahme des Prozesses.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Philip Schüller', written in a cursive style.

Philip Schüller  
Dezernent